

# Der neue Vorzeigepatron der Linken

Die Bahnindustrie ist laut einer Gewerkschaftsstudie gut aufgestellt – dank Peter Spuhler

Von Hubert Mooser, Bern

Nach zwei Niederlagen zog der Zugbauer und frühere SVP-Nationalrat Peter Spuhler im Mai wieder einen Grossauftrag von der SBB an Land. Sein Unternehmen Stadler Rail soll 29 Hochgeschwindigkeitszüge für die Gotthardstrecke bauen. Spuhler setzte sich dabei gegen die Mitbewerber Alstom und Talgo durch.

Wie wichtig solche Aufträge für die Schweizer Wirtschaft sind, zeigt jetzt eine neue Studie der Metron Verkehrsplanung AG im Auftrag der Gewerkschaften Unia und des Schweizerischen Eisenbahnverbandes SEV. Die Schweiz sei im Bereich Rollmaterial und Verkehrstechnik international gut aufgestellt, heisst es darin. In der Schweiz hat die Herstellung von Schienenfahrzeugen nach einer Durststrecke in den vergangenen Jahren zu neuer Stärke gefunden.

## Bahnindustrie hat eine Zukunft

Die Zahl der Beschäftigten, der Zulieferbetriebe und der Exporte würde seit einigen Jahren wieder steigen. Dieser Aufschwung sei hauptsächlich von der Stadler Rail getragen worden, dem Unternehmen von Peter Spuhler. Die Stadler Rail AG, welche die Zahl der Beschäftigten innert zwei Jahrzehnten von knapp zwei Dutzend auf 6000 Mitarbeitende (davon gegen 3000 in der Schweiz) erhöht hat, sei ein Musterbeispiel dafür, dass die Schweizer Rollmaterialindustrie eine erfolversprechende Zukunftsbranche darstelle.

Die Autoren verweisen aber auch auf Schweizer Tochtergesellschaften von internationalen Unternehmen wie Bombardier, Siemens und Alstom. Der Boom sei aber auch das Verdienst von einer Vielzahl von Zulieferbetrieben in Nischenbereichen.

Auch Unterhalt und Service werden immer wichtiger. Dieser sei bisher vor allem durch SBB, BLS, Rhätische Bahn und andere bewerkstelligt worden. Der Bereich schneide zwar etwas schlechter ab als der Bau von Schienenfahrzeugen (insbesondere Triebwagen). Seit 2001 würden die Beschäftigungszahlen aber auch bei Unterhalt und Reparatur wie-



**Grossauftrag geangelt.** Die Stadler Rail AG von Peter Spuhler baut für die SBB 29 Hochgeschwindigkeitszüge. Foto Keystone

der ansteigen. Dieser Bereich könne auch für die Herstellerfirmen künftig zu einem interessanten Standbein werden.

## Gezielte Förderung

Laut der Metron-Studie kann die Schweizer Eisenbahn- und Rollmaterialindustrie auch in Zukunft global eine prägende Rolle spielen. Der Bahnmarkt werde gesamthaft weiterwachsen. Im Papier wird auf eine Untersuchung des Verbandes der Europäischen Bahnindustrie (Unife) verwiesen. Die Unife geht in den kommenden Jahren von einem durchschnittlichen Wachstum von 2,7 Prozent pro Jahr aus. Es brauche jedoch eine gezielte Förderung dieses Industriezweiges, schreiben die Autoren. Davon leiten die Gewerkschaft-

ten eine Reihe von Forderungen ab: Die Rolle und Bedeutung der Rollmaterialindustrie hänge von der politischen Steuerung der nationalen und regionalen Verkehrspolitik ab. Die Zukunft des öffentlichen Verkehrs und des Verkehrssystems dürfe nicht der Logik des freien Marktes überlassen werden. «Es braucht einen Ausbau der öffentlichen Investitionen in die Bahninfrastruktur», sagt SP-Nationalrat und Gewerkschafter Corrado Pardini. Und es sei im Interesse der Technologieentwicklung in der Schweiz, wenn Betriebe mit einer hohen Wertschöpfung am Standort Schweiz berücksichtigt würden.

Die SBB und die Unternehmen der Rollmaterialindustrie müssten sich aktiver an der Forschung und Entwick-

lung von Verkehrstechnik und Rollmaterial beteiligen, verlangt SEV-Präsident Giorgio Tuti. Die SBB und andere Bahnunternehmen hätten die Aufgabe, Forschungsverbände zwischen Bahn, Rollmaterialindustrie, Universitäten und Fachhochschulen zu schaffen. Als Beispiel gilt das neue Kompetenzzentrum für Transport- und Eisenbahnmobilität in den SBB-Werkstätten in Bellinzona.

Die Studie ist Teil der industriepolitischen Agenda der Linken. Der Begriff Industriepolitik, also die Förderung von bestimmten Industriezweigen durch den Staat, verschwand in den letzten Jahren von der politischen Tagesordnung. Seit der Finanzkrise hat Industriepolitik wieder an Bedeutung gewonnen.

# Die «Lex USA», der NSA und andere Affären

Geschäftsbericht des Bundesrats bietet einen «Tour d'horizon» zu den Problemen der Schweiz

**Bern.** Spionage, Bankgeheimnis, Energie, Beziehungen zur EU: Der Nationalrat hat gestern bei der Beratung des Geschäftsberichtes des Bundesrates nahezu alle Themen gestreift, welche die Schweiz derzeit beschäftigen.

Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) von National- und Ständerat hatten bei der Prüfung des Berichts den Schwerpunkt auf Probleme bei den Beschaffungen in der Bundesverwaltung gelegt. Zur Korruptionsaffäre im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) erwarten sie im August einen Bericht des Bundesrates, wie Rudolf Joder (SVP, BE) im Namen der Kommission sagte.

Zu reden gab im Rat unter anderem die Affäre um den US-Geheimdienst

NSA. Der Nachrichtendienst des Bundes verfüge nicht über ausreichend Mittel für die Spionage-Abwehr, sagte Pierre-François Veillon (SVP, VD).

Verteidigungsminister Ueli Maurer sagte, von Spionage sei nicht nur die politische Schweiz betroffen, sondern auch die Wissenschaft, die Wirtschaft und der Finanzplatz. Der Nachrichtendienst brauche hier mehr Kompetenzen, das neue Nachrichtendienstgesetz sehe solche vor. Unter anderem seien 20 neue Stellen geplant. Verglichen mit anderen Diensten blieben die Ressourcen indes zwangsläufig bescheiden.

Zu den grossen Themen des Jahres gehörten einmal mehr der Finanzplatz und das bröckelnde Bankgeheimnis. Über die jüngsten Entwicklungen dazu

berichtete Andrea Caroni (FDP, AR). Angesichts der raschen Entwicklung mütter Jahresbericht inzwischen bereits etwas altertümlich an, stellte er fest. Unter anderem fällte der Bundesrat 2013 einen Grundsatzentscheid zum automatischen Informationsaustausch.

## Banken leiden unter Entscheid

Die Gemüter erregt hat ausserdem der Streit mit den USA. Welche Auswirkungen das Nein des Parlaments zur «Lex USA» hatte, ist umstritten. Es gebe keine Hinweise darauf, dass der Entscheid die Situation blockiert habe, sagte Caroni. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf widersprach. Sie werde das Parlament zu gegebener Zeit über die Auswirkungen informieren

und aufzeigen, wie viel schwieriger es für die Banken dadurch geworden sei, kündigte sie an. In einem Punkt pflichtete Widmer-Schlumpf Caroni indes bei: «Die Welt dreht sich sehr schnell.» Die grosse Herausforderung bestehe darin, etwas wieder zu schaffen, was dadurch teilweise verloren gegangen sei: Rechtssicherheit.

Mit Blick auf die anstehenden Entscheide in der Energiepolitik stellte Energieministerin Doris Leuthard fest, der Ball zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie liege nun beim Parlament. Kernkraftwerke hätten drei Leben: Eines, dessen Ende die Politik bestimmen könne, ein sicherheitsbedingtes und ein ökonomisches. Für den Bundesrat sei die Sicherheit das Wichtigste. SDA

## Nachrichten

### Statiker haben sich bei Brücken verrechnet

**Zürich.** Bei den Brücken der Zürcher Durchmesserlinie haben sich die Statiker verrechnet. Die Pfeiler der Letzigraben- und die Kohlendreieckbrücke müssen nachgebessert werden. SBB-Sprecher Reto Schärli bestätigte eine entsprechende Meldung des Nachrichtenportals *watson*. SDA

### Beamtenstatus bei BVK-Affäre infrage gestellt

**Zürich.** Der Anwalt von Daniel Gloor hat vor dem Zürcher Obergericht seine Argumente präsentiert, weshalb Gloor in erster Instanz viel zu hart bestraft worden sei. Gloor war Anlagechef der BVK (Vorsorgeeinrichtung für die Angestellten des Kantons Zürich). Gloor sei spätestens ab 2004 kein Beamter mehr gewesen. Wegen ungetreuer Amtsführung und Bestechung könne er gar nicht verurteilt werden. SDA

### Ex-Polizeichef von Guatemala rekurriert

**Genf.** Erwin Sperisen wird gegen das Urteil des Genfer Strafgerichts rekurrieren, wie seine Anwälte gestern mitteilten. Der Ex-Polizeichef von Guatemala war am 6. Juni wegen der Ermordung von Gefangenen mitschuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt worden. SDA

### Bezüge aus der zweiten Säule werden erfasst

**Bern.** Damit die Auswirkungen von Kapitalbezügen aus der Pensionskasse auf Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe klar werden, soll sie der Bundesrat statistisch erheben. Das soll umfassend geschehen. Bezüge für Wohneigentum, Wegzug ins Ausland oder der Gang in die Selbstständigkeit sollen gleichermassen erfasst werden. SDA

### An der Immobiliengrenze wird nicht gerüttelt

**Bern.** Der Ständerat will nichts davon wissen, dass Vorsorgeeinrichtungen bis zur Hälfte ihrer Anlagen in Immobilien halten dürfen. Einstimmig lehnte er eine Ständesinitiative des Kantons Neuenburg ab. Kommissionssprecher Konrad Graber (CVP, LU) erinnerte daran, dass sich die Obergrenze von 30 Prozent bewährt habe. SDA

### Rekordjahr für das Bundesgericht

**Bern.** Beim Bundesgericht in Lausanne gingen im letzten Jahr 7919 Fälle ein. Das sind 44 Fälle mehr als im Jahr davor – ein neuer Rekordwert. Erledigt wurden im vergangenen Jahr 7878 Fälle, das sind über 200 mehr als noch 2012. Der Nationalrat nahm gestern den Geschäftsbericht zur Kenntnis. SDA

### Keine Bundesstrategie für Regenwassernutzung

**Bern.** Der Nationalrat will keine bundesrätliche Strategie über die verschiedenen Möglichkeiten der Regenwassernutzung. Er lehnte eine entsprechende Motion von Adèle Thorens (Grüne, VD) mit 114 zu 58 Stimmen ab. SDA

ANZEIGE



  
**CONFISERIE SPRÜNGLI**  
 Tradition seit 1836

**DIE FRÜHAUFSTEHER  
 UNTER DEN TRUFFES.**

Unsere legendären Truffes du Jour finden Sie  
 jeden Tag frisch in unseren Verkaufsgeschäften.  
[www.spruengli.ch](http://www.spruengli.ch)



